

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Original-Kopie mit Aufnahme der Form und Färbung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezahlungsstelle bei der Redaktion monatlich 2 Mk., durch unsere Kundigen zugetrugen in der Stadt monatlich 1,50 Mk., auf dem Lande 2,45 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postsendungen unter Angabe der Geschäftsstelle nehmen übermittelt Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Abdruckgebühr 1,50 Mk. für die 8 gespaltene Zeilen oder deren Raum, Reklamen, die 2 spaltig 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die 2 gespaltene Zeilen zu 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abdruckvertrag schließt, wenn der Betrag durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rastung gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 263/64

Freitag den 11. November 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Grumbach.

Freitag den 11. November 1921 abends 6 Uhr

Öffentliche Gemeinderatsitzung

im Gasthof, oberes Zimmer. Tagesordnung an der Bekanntmachungstafel.

Grumbach, am 10. November 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat dem Gesetzentwurf über die Beschränkung des Handels mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten ihre Zustimmung erteilt. Auch die preussische Regierung stimmt zu.

* Der Deutsche Beamtenbund fordert die sofortige Weiterführung der Besoldungsreform zur Anpassung der Gehälter an die neue Geldwertung.

* Rittergutsbesitzer von Liebmann hat sich auf Grund der bestehenden Bestimmungen an den Völkerbund gewandt zum Schutz gegen die ungerichteten Beschlagnahmen deutscher Güter in Polen und Bessarabien.

* Der französische Außenminister Doumergue ist vom Ministerpräsidenten Briand zur Abrüstungskonferenz nach Washington berufen worden.

* Die französische Zollverwaltung will für jedes der deutschen Holzhäuser, die zum Preise von 10 000 Franken für den Wiederaufbau geliefert werden, einen Zoll von 13 000 Franken erheben.

* Nach einer unbefähigten Pariser Meldung will die Reparationskommission von der deutschen Regierung sofort 100 bis 200 Millionen Goldmark als Voranschuss auf die Januarrate fordern.

* Der 9. Märzgesetz ist zum 20. Dezember in Moskau anberaumt worden.

Polnische Gewalt.

Wieder einmal sieht die deutsche Regierung sich gezwungen, die schon so oft, bisher aber fast immer vergeblich angerufene Hilfe der Völkervereinigung zum Schutze deutscher Stammesgenossen in Anspruch zu nehmen. Man erinnert sich noch der allen Bestimmungen des Friedensvertrages höhnisch sprechenden Art und Weise, wie die Warschauer Regierung Hunderte von deutschen Domänenpächtern in den abgetretenen Gebieten von Haus und Hof jagte. Ein matter Einspruch des Obersten Rates hatte nur den Erfolg, diese Gewalttat um einige Zeit aufzuschieben. Jetzt sind diese wideren Vorkämpfer deutscher Arbeitsamkeit aller ihrer Vertragsrechte beraubt und beraubt worden. Deutsche Berufsleute müssen für sie um Unterschlupf kämpfen, auf daß sie nicht, aller Mittel wie aller Arbeitsmöglichkeiten beraubt, in Not und Elend verkommen.

Das gleiche Schicksal wird jetzt Tausenden von deutschen Ansiedlern zugebracht, die vom polnischen Ansetzungsamt in Polen dahin verbannt worden sind, daß der polnische Staat auf Grund eines Gesetzes vom 14. Juli 1920 sich selbst als Eigentümer ihrer Ansiedlungen eingetragen habe. Sie werden aufgefordert, ihre Grundstücke bis zum 1. Dezember zu räumen. Wer nicht freiwillig geht, soll durch Expropriation dazu gezwungen werden. Dabei handelt es sich fast durchweg um Ansiedler, die nach dem 11. November 1918, dem Eintritte der Unabhängigkeit des Landes, das Eigentum an ihren Grundstücken erworben haben. Die polnische Regierung macht sich auch in diesem Falle das Recht an, eine völlig klare, unangreifbare Bestimmung des Friedensvertrages durch einen einseitigen Akt der polnischen Gesetzgebung aus der Welt zu schaffen. Natürlich stehen unzweifelhaft anerkannte Grundzüge des Völkerrechts einem solchen Beginnen im Wege, und die Warschauer Regierung hat auch nicht einmal den Versuch unternommen, die internationale Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens behaupten zu wollen. Wie die Dinge liegen, kommt es, sobald deutsche Menschen, deutsche Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden, auf Recht und Unrecht ja schon gar nicht mehr an. Die deutsche Regierung hat in einem in Paris überreichten Protokoll an die Völkervereinigung die Ungeschicklichkeit dieser neuen polnischen Gewalttat gebührend hervorgehoben und die Aufmerksamkeit der Völkervereinigung auf die beispiellose Härte gelenkt, die darin liegt, tausende deutscher Familien zu zwingen, innerhalb sechs Wochen Haus und Hof zu verlassen. Sie hat auch darauf hingewiesen, daß hier nicht mehr und nicht weniger als nackte Wegnahme von Privateigentum zu gewärtigen sei, und sie hat gegen dieses unerhörte graue, jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen der polnischen Regierung den schärfsten Einspruch eingelegt, mit der dringenden Bitte, in Warschau darauf hinzuwirken, daß von diesen Maßnahmen abgesehen werde. Aber ob es wohl noch einen Menschen gibt, der zu hoffen wagte, daß diese Protokolle die Warschauer Regierung auch nur im mindesten genieren werde?

Den polnischen Gewalttätern kommt es auf möglichst

Ausbreitung des deutschen Elements im neuen Polenreich an. In den Städten der abgetretenen Gebiete ist die deutsche Bevölkerung zum allergrößten Teil vor der Rechtslosigkeit geblieben, die mit jeder polnischen Herrschaft, wo und wann immer sie auch bisher geübt wurde, unvermeidlich verbunden war. Auf dem Lande mußten und konnten unsere Volksgenossen eher ausbleiben, weil sie im Besitz ihrer in den Grundbüchern verbrieften Rechte sich gegen polnische Gewalt einigermassen geschützt glauben konnten. Sie haben, wie sich jetzt zeigt, ihre neuen Gebiete immer noch zu hoch eingeschätzt. Mit den Domänenpächtern hat es angefangen, mit den Ansiedlern geht die Vertreibungsaktion jetzt weiter, und wo sie aufhören wird, läßt sich heute noch gar nicht absehen. Die Polen können den deutschen Bauer schon aus dem Grunde nicht ausbleiben, weil er ihnen an Kulturkraft, an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit überlegen ist. Sie lehnen aber auch nach dem Grund und Boden, den unsere deutschen Volksgenossen im Besitz haben, um Platz zu gewinnen für ihre überschüssigen Bauernhöfe aus Kongreßpolen, aus Galizien, wo das Land heruntergewirtschaftet ist, wo der Nachwuchs nicht zu brechen und zu heizen findet, und von wo die Eier nach deutschem Lande fortfließen, von dem sie wissen, daß es schon bei geringer Mühe seinen Mann zu ernähren pflegt.

Die geschichtliche Vergeltung für die polnische Barbarenpolitik wird gewiß nicht ausbleiben. Die deutschen Bauern, die jetzt von Haus und Hof vertrieben werden, um ihren Wanderstab ins Ungeheure zu setzen, werden an ihren Teil mit dafür zu sorgen haben, daß Recht doch wieder einmal Recht wird!

Die Rechtsverwahrung bleibt bestehen

Die Entscheidung über Oberschlesien eine Vertragsverletzung.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichsrats wurde die oberschlesische Frage behandelt. Reichskanzler Dr. Wirth gab während der Aussprache folgende Erklärung ab:

Auf die Note der Deutschen Regierung, in der sie gegen die Entscheidung über Oberschlesien als gegen eine Ungerechtheit und eine Verletzung des Friedensvertrages Verwahrung einlegt, hat die Völkervereinigung erwidert, daß sie den Protest der deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig ansehe; sie hat erklärt, von der Mitteilung nur die bedingungslos und vorbehaltlos erklärte Zustimmung der deutschen Regierung festhalten zu wollen, wonach sie allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen folgen wird.

Ich möchte demgegenüber feststellen, daß durch die Antwort der Völkervereinigung die Tatsache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschafft wird. Unsere Rechtsverwahrung wird nicht dadurch beseitigt, daß sie zurückgewiesen wird, sie bleibt vor der Geschichte für alle Zeit bestehen.

Was der eigentliche Zweck der Überantwortung des größten Teiles des oberschlesischen Industriegebietes an die Polen gewesen ist, wird immer klarer. So erschienen bei der staatlichen Berginspektion in Königshütte zwei französische Bergingenieure und mehrere französische Betriebsführer und erklärten, daß sie die Leute seien, die dazu ausersehen seien, den Betrieb der Königshütter Gruben zu übernehmen. Sie erkundigten sich eingehend nach Zahl und Art der technischen und kaufmännischen Beamtenstellen. Weiter wird gemeldet, daß englisches Kapital im Kreise liegt die dortigen Steinkohlenfelder erschließen soll. Aber die Volksabstimmung in Oberschlesien ist man hinweggegangen, angeblich, um den Polen etwas zuzuschanden, in Wirklichkeit, um französischem und englischem Kapital neue Betätigungsfelder zu erschließen.

Die Festlegung der Grenze.

Die genaue Festlegung der oberschlesischen Grenze wird bekanntlich an Ort und Stelle durch eine gemischte Kommission vorgenommen, die aus dem Vorsitzenden, General Dupont, einem französischen, einem englischen, einem italienischen, einem japanischen, einem deutschen und einem polnischen Mitgliede besteht. Die Beschlüsse dieser Kommission sind durch die Bestimmung eingeschränkt, daß die durch das Geographische Institut festgelegten Grenzorte beibehalten werden müssen. Größere Veränderungen können nicht vorgenommen werden. Nur unter Zustimmung der beiden Staaten Deutschland und Polen kann eben-

falls ein Austausch erfolgen. Die Arbeiten sind bereits im Gange und nur die Grenze im eigentlichen Industriegebiet wird noch einige Zeit zu ihrer endgültigen Festlegung bedürfen.

„Das friedlose Europa.“

Rittis Vorschläge für den Wiederaufbau.

Der frühere italienische Ministerpräsident Ritti, der sich seit dem Versailler Frieden schon wiederholt in schärfster Form gegen den Wahnsinn der dort getroffenen Bestimmungen gewandt hat, an denen auch nach seiner Ansicht nicht nur die Besiegten, sondern auch die Sieger früher oder später zugrunde gehen müssen, hat jetzt gewissermaßen als Einleitung zu den Verhandlungen in Washington, ein Buch unter dem Titel „Das friedlose Europa“ erscheinen lassen, in welchem er nicht nur eine Kritik der jetzigen Weltlage und der Ursachen ihrer Entstehung ein ausführliches Programm entwickelt, nach dem Europa zum Frieden geführt werden könnte. Die wichtigsten seiner Forderungen sind folgende:

1. Abschaffung der Reparationskommission und Abänderung des Völkervertrages, unter Zulassung aller besiegten Völker. Die Vollmachten der Reparationskommission gehen auf den Völkerverbund über.

2. Revision der Verträge.

3. Aufrechterhaltung aller Entwaffnungsverpflichtungen für Deutschland und die besiegten Länder und militärische Garantie für Frankreich von Seiten Englands und Italiens. Die Entwaffnung der besiegten Völker muß aufrecht erhalten werden, Ausführung und Kontrolle der Entwaffnung müssen aber dem Völkerverbunde anvertraut werden.

4. Festlegung der interalliierten Schulden und der von Deutschland und den besiegten Ländern geschuldeten Entschädigungen in der Weise, daß man Deutschland eine Entschädigung auferlegt, die der Gegenwart von 60 Milliarden Frank oder Lire zu pari ist und in Goldmark unter folgenden Bedingungen zahlbar ist:

a) 20 Milliarden werden als schon abgezahlt betrachtet, besonders in Kohle zu leisten hätte Deutschland abgetreten hat; — b) 20 Milliarden, die Deutschland den Siegern in natura, besonders in Kohle zu leisten hätte; — c) 20 Milliarden werden von Deutschland als Anteil der interalliierten Schulden übernommen.

Diese Vorschläge sind, so erklärt Ritti, die einzigen, welche die Lage zu retten vermögen. Ein von allen Völkern befreites Deutschland könne keine, aber vernünftige Entschädigung bezahlen. Dazu sei aber vor allem die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland notwendig, ohne die Deutschland wirtschaftlich nicht gesund werden könnte. — Auch für dieses Programm gilt das Wort Dr. Rosenfelds, daß wir Deutschen jetzt nichts anderes tun können, als abzuwarten, wie weit diese Ideen sich in Washington durchsetzen werden.

Trüber Ausblick.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)
Berlin, 9. November.

Die erste Lesung der großen Steuergesetze im Reichstage ist beendet, sämtliche Entwürfe sind den besonders gebildeten drei Ausschüssen überwiesen worden, wo die eigentliche Kleinarbeit der Prüfung jeder besonderen Bestimmung zu leisten ist. Nach einigen Wochen wird der Reichstag sich wieder in seiner Gesamtheit mit diesen Vorlagen zu befassen haben, um sie endgültig zu verabschieden. Wie aber wird sich bis dahin die politische Lage verändert haben? So fragt man sich schon jetzt mit der bangen Befürchtung, daß der Riesenkomplex dieser Steuern vielleicht schon als unzulänglich und überholt zum alten Eisen geworfen und durch neue weit schärfere Entwürfe ersetzt werden muß, noch ehe er in Kraft getreten ist. Der Verlust Oberschlesiens und der damit verbundene ungeheure Wertverlust des deutschen Geldes haben so starke wirtschaftliche und finanzpolitische Erschütterungen zur Folge gehabt, daß augenblicklich gar keine Möglichkeit besteht, eine sichere Rechnung über Einnahmen und Ausgaben auch nur auf einige Monate hinaus aufzustellen.

Die allgemeine Betrachtung der Finanzlage und die Beurteilung der Zukunftsaussichten war es daher auch vor allem, die bei der großen Steuerdebatte vor der Einkommenänderung im Vordergrund stand. Dabei ergab sich, zusammenfassend gesagt, eine Art Zweiteilung der Meinungen. Während man auf der linken Seite zwar auch mit schweren Sorgen in die Zukunft blickt, jedoch die Möglichkeit einer Gesundung nicht für ausgeschlossen ansieht, wurde von den rechten Rednern der Rechten, selber und